

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 43 (1963-1964)
Heft: 11

Artikel: Die militärpolitische Weltlage am Jahresende 1963
Autor: Frick, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-161533>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Verzicht auf die Illusion, als ob man durch Offenlassen der Tür für die Inflation nachhaltig den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt erzwingen könnte.

Die Erschütterung des Vertrauens in die Währungsstabilität ist das Haupthindernis für ausreichende und billige langfristige Kredite, die die Voraussetzung bilden für eine Ausdehnung der Investitionen, also für den wirtschaftlichen Fortschritt in den kommenden Jahrzehnten.

Die wirtschaftliche Entwicklung und ihr Fortschritt, das hat sich gerade in Deutschland gezeigt, marschiert besser und kommt weiter auf der sicheren Basis einer gesunden, festen Währung als auf der kühn geschwungenen, aber nachgebenden Schwindelbrücke aus Gummi, wie die Inflation sie bietet.

Müssen wir so schnell vergessen, um womöglich immer von vorn anzufangen? Ich will nicht so pessimistisch sein, vielmehr gilt es das zu befestigen und für die Zukunft solide weiter auszubauen, was wir in schweren Jahren glücklich aufgebaut und erreicht haben. Darum geht es.

Die militärpolitische Weltlage am Jahresende 1963

HANS FRICK

Die militärpolitische Weltlage hat im Laufe des vergangenen Jahres keine tiefgreifenden Veränderungen erfahren. Immerhin haben sich im kommunistischen Osten Entwicklungen angebahnt, die, wenn nicht in kurzer Zeit, so doch in einer fernerer Zukunft, sehr bedeutsame Folgen haben dürften.

Die Lage im kommunistischen Machtbereich

Der schwerwiegende Konflikt zwischen der Sowjetunion und Rotchina hat im Lauf des Jahres eine ausgesprochene Verschärfung erfahren. Den Einladungen Chruschtschews nach Peking und Mao Tse-tungs nach Moskau, die der Behebung der Differenzen dienen sollten, wurde nicht Folge geleistet, und die zum selben Zweck im Juli durchgeführten Verhandlungen zwischen Vertretern

der beiden Mächte verliefen vollkommen ergebnislos. Die gegenseitigen Beschuldigungen nahmen ein immer heftigeres Ausmaß an, wobei die Offensive deutlich auf chinesischer Seite lag. Diese beschuldigte die Sowjets des Revisionismus und der Zusammenarbeit mit den Imperialisten und warf ihnen besonders ihre Annäherung an Tito vor. Weitere charakteristische Anzeichen der steigenden Gegensätzlichkeit sind die schroffe Ablehnung des Abkommens zum teilweisen Verzicht auf Atomversuche, das als «großer Schwindel» bezeichnet wurde, die — im Gegensatz zur Sowjetunion — kühle oder sogar amerikafeindliche Reaktion auf den tragischen Tod Kennedys sowie die Angriffe gegen die Sowjetunion anlässlich der Tagung des Weltfriedensrates in Moskau. Den Gipfel erreichten die Beleidigungen der Sowjetunion, als deren Antrag, eine Erweiterung des Sicherheitsrates der Vereinigten Nationen nur unter der Bedingung der Aufnahme Rotchinas zuzulassen, von diesem mit der Erklärung lächerlich gemacht wurde, diese beiden Fragen hätten nichts miteinander zu tun.

Nach all dem Vorgefallenen besteht auch nicht die geringste Aussicht, daß sich die beiden «Brudervölker» wieder versöhnen werden. Dabei steht außer Zweifel, und zwar trotzdem dies von chinesischer Seite bestritten wird, daß sich hinter dem ideologischen Konflikt rein machtpolitische Gegensätze tarnen. Die Volksrepublik China strebt nach der Hegemonie in Asien. Wenn auch vorläufig die Ansprüche auf asiatische Territorien der Sowjetunion zurückgestellt werden, so sind doch die Unterwerfung Tibets, der Krieg gegen Indien und die aktive Unterstützung der kommunistischen Regimes und Rebellenbewegungen in Südostasien ein vollgültiger Beweis dafür. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Rotchina mit seinen 700 Millionen Einwohnern, die in wenigen Jahren auf eine Milliarde ansteigen werden, ein stark übervölkertes Land ist, während das sowjetische Asien, und zwar auch in den für eine ergiebige Bebauung durchaus geeigneten Gebieten, ausgesprochen dünn besiedelt ist. Früher oder später wird sich aber dieser Bevölkerungsdruck unweigerlich zum Schaden der Sowjetunion auswirken. Der sowjetisch-chinesische Streit hat für den ganzen kommunistischen Bereich schwerwiegende Folgen. In den kommunistischen Parteien des Westens zeigen sich Spaltungserscheinungen, indem sich Fraktionen, wenn auch meist in Minderheit, den chinesischen Auffassungen zuwenden. Selbst Kuba nimmt in diesem Konflikt eine sehr zweideutige Haltung ein.

Diese ganze Entwicklung bringt Chruschtschew in eine höchst delikate Lage, da er gewissermaßen einen Zweifrontenkrieg zu führen hat. Zu dieser außenpolitischen Belastung kommen noch große innere Schwierigkeiten in der Sowjetunion selbst und im Satellitenbereich. Zwar halten diese, mit Ausnahme Rumäniens, dessen Stellungnahme unklar ist, treu zur Sowjetunion. Allein fast überall versagt die kommunistische Wirtschaft. Nicht nur werden die hochfliegenden Pläne nicht erfüllt und müssen dauernd revidiert werden,

sondern es mangelt nach wie vor an Konsumgütern und besonders an Lebensmitteln. Beweis dafür sind die Ankäufe von Weizen seitens der Sowjetunion und von Satellitenstaaten in «kapitalistischen» Ländern und die im Gange befindlichen Verhandlungen über ganz massive Weizenlieferungen der Vereinigten Staaten an die Sowjetunion. Schließlich ist nicht zu verkennen, daß sich im Kreise von Intellektuellen immer wieder die Kritik regt, die übrigens auch in zahlreichen Karikaturen in Witzblättern zum Ausdruck kommt.

Alle diese Verhältnisse nötigen Chruschtschew zu einem gewissen Zickzackkurs. Einerseits sucht er es zu vermeiden, mit dem Westen in gefährliche Spannungen zu geraten und anderseits darf er in seinem eigenen Machtbereich nicht die Meinung aufkommen lassen, daß die chinesischen Anschuldigungen eine gewisse Berechtigung hätten. Dabei ist es durchaus möglich, daß sich unter einflußreichen Persönlichkeiten der Sowjetunion Vertreter eines härteren Kurses befinden, als ihn Chruschtschew zur Zeit befolgt. So lösten sich im Wechsel freundliche Gesten der Entspannung mit schweren Beschuldigungen gegen den Westen, insbesondere die Vereinigten Staaten und die deutsche Bundesrepublik, und provozierende Handlungen ab. Zu den ersteren gehörten vor allem die Teilnahmebezeugungen anläßlich der Ermordung Kennedys und die positive Würdigung seiner Persönlichkeit sowie das erneute Angebot eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten der NATO und jenen des Warschauerpaktes, mit welchem freilich auch eine Anerkennung der sogenannten DDR und damit eine Festlegung des Status quo in Osteuropa erstrebt wird. Im schroffen Gegensatz zu den Entspannungsgesten steht die höchst aggressive Rede Gromykos in der Generalversammlung der Vereinigten Nationen, in der er die deutsche Bundesrepublik beschuldigte, wegen ihres Revanchismus und der Nichtanerkennung zweier deutscher Staaten die bestehenden Spannungen zwischen dem Osten und dem Westen zu verursachen und damit eine schwere Kriegsgefahr heraufzubeschwören. Kurz darauf wurden amerikanische und ein britischer Truppenkonvoi an der Zonengrenze von den Sowjets aufgehalten und gewaltsam an der Weiterfahrt verhindert; sodann wurde der angesehene amerikanische Sowjetforscher Prof. Barghoorn wegen angeblicher Spionage verhaftet. In allen diesen Fällen waren freilich die Sowjets infolge der festen Haltung des Westens nach einigen Tagen zum Nachgeben genötigt.

Innenpolitisch sah sich Chruschtschew zu gewissen Umstellungen genötigt. Die katastrophale Lage der sowjetischen Landwirtschaft veranlaßte ihn, anzukündigen, daß in Zukunft das Schwergewicht wirtschaftlicher Anstrengungen auf die Entwicklung der chemischen Industrie zu legen sei, die in großem Maßstabe Kunstdünger zu erzeugen habe. Kurz darauf teilte er mit, daß eine gewisse Reduktion der Militärausgaben vorgenommen werde. Dies wird allerdings keine Schwächung der sowjetischen Militärmacht bedeuten, allein doch die weitere Entwicklung der Rüstung mindestens verlangsamen.

Im Verhältnis zu den *Satelliten* scheint eine gewisse Lockerung eingetreten

zu sein, indem man diesen erlaubt, ihren «Weg zum Sozialismus» ihren besonderen Verhältnissen anzupassen. Dies hindert freilich nicht, daß diese Staaten außenpolitisch streng der Moskauer Linie folgen. In der sogenannten DDR, wo Ulbricht immer noch auf den deutschen Friedensvertrag warten muß, sucht er durch andere Maßnahmen allmählich doch die Anerkennung der Sowjetzone als souveränen Staat durchzusetzen. Hierzu gehören die Vorschläge zum Abschluß eines Handelsvertrages mit der Bundesrepublik sowie einer Konföderation und schließlich das Abkommen über Passierscheine zum Betreten Ostberlins durch Westberliner während der Weihnachtstage.

Die Staaten der NATO

Innerhalb des NATO-Bereiches hat es im abgelaufenen Jahr nicht an Konflikten und Schwierigkeiten gefehlt. Die schroffe Ablehnung der Aufnahme Großbritanniens in die EWG durch de Gaulle hat anfänglich zu einer erheblichen Mißstimmung geführt, die aber langsam abzuflauen beginnt. Auch in anderen Wirtschaftsfragen war eine Übereinstimmung nur mühsam zu erzielen, so besonders in bezug auf Agrarprobleme. Die wesentlichsten Differenzen betreffen jedoch die Atombewaffnung. Der von Kennedy vertretene Standpunkt, daß eine weitere Verbreitung von Atomwaffen, weil gefährlich, verhindert werden müsse, wird von de Gaulle nicht geteilt, und sicher mit Recht. Denn kleinere Staaten, deren Atombewaffnung sich ja wohl auf solche taktischer Art beschränken müßte, wären kaum in der Lage, einen allgemeinen Atomkrieg auszulösen. Für den Aufbau seiner eigenen Atombewaffnung macht de Gaulle — übrigens genau wie die Briten — mit Recht geltend, daß die Bereitschaft der Amerikaner, zum Schutze Westeuropas gegebenenfalls Atomwaffen einzusetzen, für eine fernere Zukunft nicht mit Sicherheit vorausgesehen werden könne. Auch die von den Vereinigten Staaten vorgeschlagene Bildung einer multilateralen Atomstreitkraft auf Überwasserschiffen lehnt de Gaulle, wie übrigens auch einige andere Regierungen, ab, da schließlich die Ermächtigung zum Einsatz doch vom amerikanischen Präsidenten abhängen würde. Diese Stellungen von de Gaulle beruhen auf seiner Auffassung einer künftigen Einigung Europas, die nicht auf supranationaler Basis, sondern in Form eines Staatenbundes erfolgen sollte. Der zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossene Freundschaftsvertrag, der auch andern Ländern offenstehen soll, hätte dafür gewissermaßen den Anfang zu bilden. Wenn man an die Entstehung unseres schweizerischen Bundesstaates denkt, der auch eine lange Periode eines bloßen Staatenbundes vorausging, erscheint de Gaulles Idee recht vernünftig. Für eine supranationale Lösung ist Europa doch wohl noch nicht reif.

De Gaulle stand aber mit seinen Befürchtungen wegen der Haltung der USA nicht allein. Die bilateralen Gespräche zwischen diesen und der Sowjet-

union gaben zum Verdacht Anlaß, es könnten Abmachungen zuungunsten Westeuropas und insbesondere Westdeutschlands getroffen werden. Die Behauptung des Sowjetbotschafters in Paris, die beiden Staaten hätten sich über die Anerkennung der gegenwärtigen Grenzen in Deutschland geeinigt, verstärkte dieses Mißtrauen. Ebenso wurde befürchtet, daß die amerikanischen Truppen aus Europa abgezogen werden könnten, zumal sich in den Vereinigten Staaten Stimmen in dieser Richtung hören ließen und sogar Eisenhower sich dafür aussprach. Auch bestand die Vermutung, die Operation Big Lift, bei welcher innert dreier Tage eine amerikanische Division über den Atlantik transportiert wurde, werde eine Art von Begründung für den Rückzug amerikanischer Truppen darstellen. Allerdings hat dann General Lemnitzer, der Oberkommandierende der Nato, deutlich erklärt, daß die Big-Lift-Operation keinen Ersatz für die Präsenz amerikanischer Truppen in Europa darstellen könne. Glücklicherweise haben dann die Gespräche von Bundeskanzler Erhard mit Präsident Johnson am Jahresende zu einer vollen Verständigung und noch engeren Bindung der beiden Partner geführt, so daß diese Besorgnisse weitgehend zerstreut sind.

Trotz aller dieser Meinungsverschiedenheiten und gelegentlichen Befürchtungen braucht man an der Solidarität innerhalb des freien Westens und der NATO nicht zu zweifeln. Gegenüber den sowjetischen Provokationen auf den Zugängen zu Berlin haben die beteiligten Westmächte endlich ihr Verfahren zu deren Abwehr vereinheitlicht. Und de Gaulle, der allerdings der NATO nur einen sehr bescheidenen Beitrag an Truppen liefert, hat doch die Notwendigkeit des atlantischen Bündnisses deutlich betont. Schließlich hat die spontane und sehr aufrichtige Teilnahme des freien Westeuropa am Tode Kennedys bestimmt dazu beigetragen, die Beziehungen im atlantischen Bereich zu festigen.

Neben ihren Bündnisverpflichtungen gegenüber Europa haben die *Vereinigten Staaten* auch auf ihrem eigenen Kontinent ihre Sorgen. Trotz dem Abzug sowjetischer Truppen aus *Kuba* stehen immer noch beträchtliche Kontingente dort. Es kann kein Zweifel sein, daß Fidel Castros Regime einen revolutionären Infektionsherd für *Südamerika* darstellt. Im Laufe des Jahres haben sich dort in einer ganzen Anzahl von Staaten Staatsstriche, Putschversuche und schwere Unruhen ereignet. Wie weit dabei im einzelnen wirkliche Sorge vor kommunistischer Unterwanderung der Regierungen, wie weit persönlicher Ehrgeiz von Politikern oder hohen Offizieren oder schließlich sozial unbefriedigende Verhältnisse die Ursachen sind, läßt sich schwer feststellen. Daß Kuba diese unstabile Lage auszunützen sucht, steht außer Frage; die Beschuldigung des venezolanischen Präsidenten dürfte zutreffen, daß die Aufrührer in seinem Lande Waffen aus Kuba erhalten. Wie weit es den Vereinigten Staaten mittels der OAS und Wirtschaftshilfe gelingen wird, zur Stabilisierung dieser Unruheherde beizutragen, steht dahin. Immerhin darf angenommen werden, daß

sich in keinem dieser Staaten in absehbarer Zeit ein kommunistisches Regime durchsetzen werde.

Die Ermordung Kennedys hat die USA ihres jungen, temperamentvollen Präsidenten beraubt. Sein Nachfolger Johnson wird voraussichtlich in der Hauptsache die gleiche Außenpolitik führen, vielleicht aber einen etwas härteren Kurs steuern.

Auch die Wechsel in den Regierungen einiger europäischer Länder werden bestimmt nicht ohne Einfluß auf die Weltpolitik bleiben. Für *Westdeutschland*, wo Erhard Adenauer ersetzt hat, stellt sich die Frage, ob der neue Kanzler jene Härte aufbringt, die seinen Vorgänger kennzeichnete. Gewisse Bedenken muß die Betreuung des Freien Demokraten Mende mit dem Ministerium für gesamtdeutsche Fragen erwecken, ist doch seine Partei immer für eine «flexiblere» Politik gegenüber den Sowjets eingetreten, was bestimmt nicht ganz ungefährlich ist. In *Großbritannien*, dessen Weltgeltung sehr stark gesunken ist, ist nach wie vor die Tendenz zu ausgesprochener Entspannungspolitik sehr verbreitet. Der neue Premier, Sir Alec Home, der, nach seiner Tätigkeit als Außenminister zu schließen, die Verhältnisse zwar realistisch beurteilt, ist doch schon aus Wahlrücksichten gezwungen, dieser Tendenz Konzessionen zu machen. So werden denn auch weitere Sondierungsgespräche mit den Sowjets in Aussicht genommen. Sollte im Laufe des Jahres eine Labourregierung ans Ruder kommen, so müßten sich diese Verhältnisse wohl noch bedeutend verschlimmern. Im Gegensatz zu dieser Auffassung hat *de Gaulle* mit aller Schärfe gegen jegliche Konzession in der Deutschlandfrage, wie auch gegen einen Nichtangriffspakt Stellung genommen. Unerfreulich sind die Verhältnisse in *Italien*. Die Stärke der kommunistischen Partei und die *Apertura a sinistra*, die zu einer recht unstabilen Lage geführt hat, lassen die Entstehung einer kommunistisch beherrschten Volksfront als nicht unmöglich erscheinen. Eine solche Entwicklung wäre mit Rücksicht auf die wichtige Lage Italiens im Mittelmeerraum für den freien Westen und besonders für die NATO von katastrophaler Bedeutung. Als erfreuliches Faktum dürfen die Besuche des französischen Innenministers und des Generalstabschefs in *Spanien* gebucht werden, die den Boden für eine engere Zusammenarbeit, insbesondere in Verteidigungsfragen, legen.

Afrika

In den mittelafrikanischen Staaten, die in den letzten Jahren zur Unabhängigkeit gelangten, ist die Stabilität noch durchaus nicht gesichert. Der Kongo ist nun zwar geeinigt, allein die neuliche Verhaftung des Außenministers zeigt doch, wie unsicher die Verhältnisse sind. Dasselbe beweisen Unruhen, Staatsstreiche und Komplote in Togo, Liberia, Kongo-Brazzaville und an der Elfenbeinküste. Indessen ist die weltpolitische Bedeutung dieser Gebiete einst-

weilen gering, es wäre denn, die Sowjetunion könnte sich an der Westküste Afrikas U-Bootstützpunkte verschaffen. Doch ist ihr Einfluß in diesem Raum zur Zeit nicht bedeutend, um so mehr als die wirtschaftliche Lage ihr nicht erlaubt, umfangreiche Wirtschaftshilfe zu spenden.

Von großer Wichtigkeit ist hingegen die Lage in den am Rande des Mittelmeers gelegenen arabischen Ländern. Besonders in *Algerien* ist die Entwicklung höchst unerfreulich. Ben Bella, dem es gelungen ist, seine sämtlichen politischen Gegner auszuschalten und auch den kabyllischen Aufstand niederzuschlagen, zeigt sich als ein radikaler Sozialist und hat selbst nicht gezögert, seiner Sympathie für Fidel Castro Ausdruck zu geben. Er wird von Nasser gestützt und scheint im eigenen Lande eine große Anhängerschaft zu besitzen. Wenn auch Algerien selbst natürlich nicht in der Lage wäre, die Südflanke Europas zu bedrohen, so bestände im Falle eines neuen Weltkrieges doch die Gefahr, daß sich die Sowjetunion dort Stützpunkte zu schaffen suchte. Auch für *Ägypten* besteht eine solche Möglichkeit. Glücklicherweise herrscht in *Tunesien* der gemäßigte Bourguiba, der Wert auf gute Beziehungen zu Frankreich legt. Schließlich hat der algerisch-marokkanische Grenzkrieg verhindert, daß sich in Nordafrika eine einheitliche antieuropäische Front bildet. Zwar sind die Feindseligkeiten eingestellt, der Grenzkonflikt ist jedoch noch nicht geregelt und wird nur sehr schwer gelöst werden können. Neuerdings sucht auch Rotchina seinen Einfluß in Nordafrika — natürlich in Konkurrenz zur Sowjetunion — geltend zu machen. Diesem Zweck dient die Reise Tschou En-lais nach Kairo, Algerien und Marokko, deren Ergebnisse allerdings noch nicht abzusehen sind.

Vorderer Orient

Auch der Vordere Orient ist ein ausgesprochener Unruheherd, wie die Staatsstreiche im Irak und in Syrien sowie der Krieg in Jemen beweisen. Von wesentlicher Bedeutung ist, daß die angestrebte Vereinigung des Iraks und Syriens mit der Vereinigten Arabischen Republik nicht zustandegekommen ist, was zweifellos auf die unmäßigen Forderungen Nassers zurückzuführen ist. Hingegen haben sich die beiden erstgenannten Länder verbündet und beschlossen, ihre Verteidigung einem gemeinsamen Oberbefehl zu unterstellen. Allerdings ist nicht abzusehen, ob nicht bei Gelegenheit wiederum Nasser-Anhänger dort ans Ruder kommen und schließlich die Vereinigung mit der VAR doch durchsetzen. Bei der Einstellung Nassers wäre dies für den Westen nicht sehr erfreulich. Das einzige, was die unter sich mindestens zum Teil uneinigen Staaten dieses Raumes zusammenhält, ist die Feindschaft gegen Israel. Hier liegt bestimmt eine Gefahrenquelle, da der Westen einen Krieg zur Liquidierung dieses Staates nicht untätig hinnehmen könnte. Günstig ist hingegen der Um-

stand, daß der sowjetrussische Einfluß in diesem Raum verhältnismäßig wenig zur Geltung kommt.

Auch in der *Türkei* kam es zu einem allerdings mißlungenen Putschversuch; die durch die Wahlergebnisse verursachte Krise führte zu Schwierigkeiten der Regierungsbildung, doch darf angenommen werden, daß das Land weiter treu zur NATO hält.

Höchst unerfreulich ist die kurz vor Jahresende ausgebrochene Krise in *Zypern*. Sie verursacht Spannungen zwischen den beiden NATO-Staaten Griechenland und Türkei, gefährdet die wichtige britische Basis auf der Insel und nötigt Großbritannien, Teile seiner ohnehin knappen Reserven dorthin zu verlegen.

Ostasien

Zwischen *Rotchina* und *Indien* ist es im abgelaufenen Jahr nicht mehr zu Feindseligkeiten gekommen, allein ein Friedensvertrag konnte nicht abgeschlossen werden, da China gegenüber den Vorschlägen der Colombo-Konferenz gewisse Vorbehalte vorbrachte, während Indien deren restlose Annahme forderte. Während des Jahres beschuldigten sich beide Parteien mehrfach der Gebietsverletzung. Der offene Krieg könnte also jederzeit wieder ausbrechen. Diese Lage bringt dem Westen beträchtliche Schwierigkeiten. Seine Militärhilfe an Indien, die auch in den gemeinsamen Manövern amerikanischer, britischer und indischer Luftwaffenverbände zum Ausdruck kam, weckte lebhaftes Mißtrauen in *Pakistan*, dessen Konflikt mit Indien wegen Kaschmir infolge der unnachgiebigen Haltung Nehrus immer noch nicht beglichen werden konnte. Die Regierung Pakistans befürchtet, daß die Indien gelieferten Waffen zu einem Krieg gegen ihr Land benützt werden könnten und ist infolgedessen gegen die Vereinigten Staaten verstimmt. So besteht die Gefahr, daß es dem CENTO-Pakt den Rücken kehren könnte.

Ganz besonders schwierig sind die Verhältnisse im ehemals französischen Indochina. In *Laos* dauern trotz dem zwischen den USA und der Sowjetunion geschlossenen Abkommen zur Einstellung der Feindseligkeiten die Kämpfe zwischen dem kommunistischen Pathet Laos und den Regierungstruppen an, wobei zweifellos China die Hand in Spiele hat. In *Süd-Vietnam* erlitten die Regierungstreitkräfte und die sie unterstützenden Amerikaner in der letzten Zeit erhebliche Verluste durch die fortgesetzten Angriffe der vom Norden entsandten Viet-cong-Rebellen, trotzdem noch vor wenigen Monaten behauptet worden war, deren endgültige Niederringung sei in kurzem zu erwarten. Zu dieser Entwicklung mögen die brutale Familienherrschaft Ngo Dinh Diems, dessen rücksichtslose Verfolgung der Buddhisten und schließlich die durch dessen Sturz und Ermordung geschaffene Unsicherheit beigetragen haben. Auf

alle Fälle ist diese Lage für die Vereinigten Staaten, die hier nicht nur mit starken Kampfmitteln, sondern auch mit ihrem Prestige engagiert sind, höchst schwierig, so daß sich die Frage einer völligen Neuorientierung ihrer Ostasienpolitik stellt. Wie sich die Verhältnisse weiter entwickeln werden, ist vorläufig nicht abzusehen, doch ist festzustellen, daß das kommunistische China in diesem Raum mehr und mehr Einfluß gewinnt. In dieser Linie liegt auch das Verhalten des Staatsoberhauptes von Kambodscha, des Prinzen Norodom Sihanouk, der jede weitere amerikanische Hilfe zurückwies und seinen Botschafter aus Washington abberief. Wiewohl auch hier die weitere Entwicklung noch nicht abzusehen ist, hat es doch den Anschein, daß sich der Prinz mehr und mehr an Rotchina anzulehnen beabsichtigt.

Auch Großbritannien ist in riskanter Weise in diesem Raum engagiert. Die Gründung der Föderation *Malaysia*, in der, im Gegensatz zu andern Gebieten Südostasiens, geordnete und fortschrittliche Verhältnisse herrschen, bedeutet zwar einen wichtigen stabilisierenden Faktor in der Zone zwischen dem Indischen und dem Pazifischen Ozean. Allein der Staatsoberhaupt *Indonesiens*, Sukarno, betreibt eine maßlose Machtpolitik und will dieses neue Staatswesen nicht akzeptieren. So besteht die dringende Gefahr, daß es hier eines Tages zu einer bewaffneten Auseinandersetzung kommt, in die einzugreifen Großbritannien verpflichtet wäre, da es Malaysia Unterstützung gegen jede Bedrohung seiner Unabhängigkeit zugesichert hat. Daß dabei China die Partei Sukarnos nimmt, versteht sich von selbst. Allein es besteht unbedingt ein großes Interesse, der ungestümen Expansionspolitik Sukarnos, die mit der Zeit selbst für Australien gefährlich werden könnte, Einhalt zu gebieten.

Das Kräfteverhältnis zwischen Ost und West

Zunächst ist einmal festzuhalten, daß auf dem Gebiete der *Abrüstung*, wie zu erwarten stand, nicht die geringsten Fortschritte erzielt worden sind. Das von den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Sowjetunion abgeschlossene Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser, dem inzwischen zahlreiche Staaten beigetreten sind, kann nicht als Abrüstungsmaßnahme bezeichnet werden. Die Sowjetunion und die USA besitzen ein derart reichhaltiges Arsenal an Kernwaffen schwerster Kaliber, daß sie auf solche Versuche verzichten können. Für die Entwicklung leichterer Atomwaffen genügen unterirdische Explosionen, deren Verbot gescheitert ist, da die Sowjetunion eine wirksame Kontrolle nicht zulassen wollte.

Für die Beurteilung der Kräfteverhältnisse sind praktisch nur die Streitkräfte der NATO-Staaten einerseits und der Sowjetunion und ihrer Satelliten andererseits maßgebend, da die übrigen Länder, abgesehen etwa von Japan,

nicht in der Lage wären, andere als lokale Kriege zu führen. Dies gilt selbst für Rotchina, dessen zahlreiche Kräfte doch in der Hauptsache aus Landtruppen mit eher veralteter Bewaffnung bestehen und das einstweilen auch nicht über Atomwaffen verfügt.

Allgemein kann gesagt werden, daß sich das Gleichgewicht der beiderseitigen Kräfte nicht wesentlich verändert hat. Immerhin ist festzustellen, daß sich die Abwehrkraft des Westens dank dem von der Regierung Kennedy im Jahre 1961 aufgestellten und in Verwirklichung begriffenen Programm sowie auch der Anstrengungen der anderen Verbündeten bedeutend gefestigt hat. Sowohl an Langstreckenbomben wie an Lenkraketen von über 8000 km Reichweite sind die USA den Sowjets stark überlegen, wogegen letztere über mehr Mittelstreckenlenkwaffen verfügen. Von Wichtigkeit ist, daß in den USA die strategischen Lenkwaffen in unterirdischen Silos schußbereit sind. Fortschritte sind auch auf dem Gebiet der Abwehr von Fernlenkwaffen gemacht worden; so wurde berichtet, daß bereits der zehnte Versuch eines Abschusses einer Titanrakete durch eine Abwehrlenrakete des Typus Nike-Zeus gelungen sei. Trotzdem ist dieses Problem noch nicht mit Sicherheit gelöst, bestimmt auch nicht in der Sowjetunion, trotz der großsprecherischen Behauptungen Chruschtschews. Von ganz besonderer Bedeutung ist die rasch fortschreitende Indienststellung von mit Polarisraketen bewaffneten Atom-U-Booten.

Die Sowjetunion, die rund 3,3 Millionen Mann unter den Waffen hält, hat ihre Streitkräfte um etwa 300 000 Mann vermindert; die Zahl der Divisionen wurde von 175 auf 150 reduziert und deren Bestand verringert. Zusammen mit den Satelliten verfügt die Sowjetunion über 4,3 Millionen Mann gegenüber 5,8 Millionen der Armeen, Flugwaffen und Flotten der NATO-Staaten. Gegenüber Rotchina und seinen Satelliten mit ihren rund 3 Millionen Mann stehen die im CENTO- und SEATO-Pakt an den Westen angeschlossenen Mächte mit etwa 2 Millionen Mann. Wiewohl der rein zahlenmäßige Vergleich noch nichts über die wirkliche Kampfkraft und Einsatzfähigkeit der Truppen sagt, ergibt sich doch daraus, daß ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte besteht, wobei der Westen in bezug auf Qualität der Bewaffnung und Ausrüstung, wohl aber auch auf dem Gebiete der Ausbildung überlegen sein dürfte.

Die Fortschritte in den Wehranstrengungen der NATO-Staaten haben schließlich eine sehr wichtige strategische Maßnahme ermöglicht: die Vorverlegung der westlichen Abwehr vom Rhein an den eisernen Vorhang.

Schlußfolgerungen

Trotz der zahlreichen Gefahrenherde ist ein neuer Weltkrieg in nächster Zeit nicht sehr wahrscheinlich. Es dürfte kaum eine Frage sein, daß Chruschtschew angesichts seiner schwierigen Lage einen «heißen» Krieg zu vermeiden sucht,

wobei wohl auch die Erkenntnis mitspielt, daß für ihn dabei günstigstenfalls ein Ausgang ohne Sieger und Besiegte zu erwarten wäre. Auf die Unterstützung des chinesischen «Brudervolkes» dürfte er dabei keinesfalls rechnen. Denn nichts könnte Mao Tse-tung lieber sein, als wenn die weißen Völker sich gegenseitig bis zur völligen Erschöpfung bekämpften, damit er hernach um so sicherer seine Hegemonie in ganz Asien, wenn nicht gar auf dem ganzen Erdball errichten könnte.

Allein es wäre sehr gefährlich, aus dieser Beurteilung heraus die Wachsamkeit und die Verteidigungsbereitschaft auch nur im geringsten zu vernachlässigen. Man muß sich daran erinnern, daß im Jahre 1914, also in einer weit weniger spannungsgeladenen Zeit, ein einzelnes Ereignis, nämlich die Ermordung des österreichischen Thronfolgers, den Ersten Weltkrieg ausgelöst hat. So könnte eben doch aus irgend einem zunächst lokalen Konflikt ein neuer Weltbrand entstehen.

Es besteht auch kein Zweifel, daß in der sowjetischen Ideologie am Traum der Weltherrschaft des Kommunismus auch nicht der geringste Abstrich gemacht worden ist und zur Erreichung dieses Zieles auch ein Atomkrieg nicht gescheut würde, wenn mangelnde Verteidigungsbereitschaft des Westens einen solchen erfolgreich erscheinen lassen würde. Ebenso steht fest, daß die Sowjetunion in der Deutschland- und Berlinfrage nicht zur mindesten Konzession bereit ist. Für den Augenblick sucht die sowjetische Führung ihre Ziele mit «friedlichen» Mitteln zu erreichen, so mit fortgesetzten Entspannungsgesten, mit Vorschlägen für Verträge, die den Frieden sichern sollen, sowie mit Propaganda aller Art. Von Zeit zu Zeit wird dann der Widerstandswille des Westens durch Provokationen verschiedener Art getestet. Jene Leute im Westen, die an eine echte Entspannung glauben, sind daher, und möchten sie noch so idealistisch und gutgläubig sein, um mit Lenin zu sprechen, gerade jene «nützlichen Idioten», die, ohne es zu wollen, einem Vormarsch des Kommunismus Hilfe leisten.

Wenn der Westen seine Freiheit erhalten will, dann sind folgende Bedingungen zu erfüllen: Unerbittliche Festigkeit gegenüber allen Versuchen, die Rechte des Westens, zumal in der Berlin-Frage, zu schmälern oder zu mißachten. — Weitere Verbesserung der westlichen Rüstung. — Einsatz aller brauchbaren Mittel, um in den Völkern des Warschauerpaktes und zumal in der Sowjetunion die Sehnsucht nach wirklicher Freiheit zu wecken. — Dauernde Aufklärung der westlichen Völker über die ihnen unverändert drohenden Gefahren und Kampf gegen jene Illusionisten, die sich einbilden, durch schrittweises Nachgeben den Frieden und die Freiheit erhalten zu können.